

Anspruch und Wirklichkeit – Leutheusser-Schnarrenberger im Visier

Wenn es um die Aufklärung der Missbrauchsvorwürfe gegen die katholische Kirche geht, reitet die liberale Justizministerin Leutheusser-Schnarrenberger ganz vorne. Dem deutschen Klerus wirft sie mangelnden Aufklärungswillen und die Verweigerung der Zusammenarbeit mit den Justizbehörden vor.

Jetzt fuhr der Regensburger Bischof Gerhard Ludwig Müller nach Berichten der „Süddeutschen Zeitung“ seinerseits schwere Geschütze auf: „Sabine Leutheusser-Schnarrenberger gehört einer Art Freimaurer-Vereinigung an, die Pädophilie als Normalität darstellt, die entkriminalisiert werden soll“.

In diesem Zusammenhang meldete der katholische Nachrichtendienst „Kath.Net“ am 26. Februar 2010, dass die Politikerin dem Beirat eines Vereines angehöre, der „gegen den Einsatz des Strafrechts zur Durchsetzung von Sexualmoral“ eintritt und eine „geradezu kreuzzugartige Kampagne gegen Pädophile“ verurteilt.

Die Rede ist von der Humanistischen Union (HU), die sich selbst als „unabhängige Bürgerrechtsbewegung“ bezeichnet. In einer Erklärung zum Sexualstrafrecht aus dem Jahr 2000 äußert sich der Bundesvorstand der HU kritisch über die „zunehmende Tendenz ... mit den Instrumenten der Kriminalpolitik den Schutz und die Förderung von Kindern und Jugendlichen zu gewährleisten“.

Insbesondere hinsichtlich des sexuellen Kindesmissbrauchs ortet die HU eine „Entwicklung zu mehr staatlicher Repression und zur Strafe“ und spricht von „Maßlosigkeit sowohl in Bezug auf die eingesetzten Mittel, als auch hinsichtlich der beabsichtigten Zielsetzung“.

Die HU sei seit ihrem Bestehen immer wieder gegen den Einsatz des Strafrechts zur Durchsetzung von Sexualmoral eingetreten, weil „Strafe und Repression keine zuverlässigen Ratgeber für Gesinnungs- und Affekttaten“ seien, sondern „eher oft zu ungeplanten Anschlussstaten führen“. Das Strafrecht sei in Verhaltensbereichen wie der menschlichen Sexualität nachweisbar untauglich und nicht selten kontraproduktiv.

Der Verein ruft in der genannten Erklärung zum „gesellschaftsweiten Widerstand“ gegen eine Kriminalpolitik auf, die von der „gefährlichen Tendenz“ gekennzeichnet sei, „die Sexualtat und den Sexualtäter gegen junge Menschen zum Inbegriff des kriminell Bösen“ zu machen.

Sexuellen Beziehungen zwischen altersungleichen Männern werde automatisch unterstellt, sie seien „gewaltbesetzt und -erzwungen“. In der Kriminalpolitik wie in der öffentlichen Diskussion würde auf der Basis einer „solchen verzerrten Wirklichkeitsdarstellung eine geradezu kreuzzugartige Kampagne gegen Pädophile“ geführt.

Diese würden mit Verbrechen über den sexuellen Missbrauch hinaus bis hin zur Tötung „gedanklich und verfolgend in Verbindung gebracht“. Dies sei das „Ergebnis irgeleiteter sozialer Fantasie und dämonisierender Projektion zugunsten der Verkennung und Ignorierung von gesellschaftlichen Verhältnissen ... , deren

Eingeständnis das gesellschaftliche Bewusstsein nicht aushalten würde“. Ziel sei die „Erzeugung von gesellschaftlichen Sündenböcken und der moralischen Verschiebung und Entäußerung sozialer Probleme“.

Den gegenwärtigen strafrechtlichen Umgang mit Pädophilen bezeichnet die HU als „Kriminalpolitik gnadenloser Ausgrenzung, unerbittlichen Tugendterrors und blind machender Selbstgerechtigkeit“.

Zu Bedingungen, die Kinder und Jugendliche zu „selbständigen, eigenverantwortlichen und selbstbestimmten Persönlichkeiten werden lässt“ gehöre auch „die Gewährung von und das Vertrauen zur Mündigkeit der jungen Menschen, Vertrauen auch in die verantwortliche Handhabung eines umfassenden – auch sexuellen – Selbstbestimmungsrechts“.

Die Tendenz der Erklärung der HU geht offenbar in Richtung Entkriminalisierung von Pädophilie - auch wenn diese nirgendwo explizit gefordert wird. Leutheusser-Schnarrenbergers Zugehörigkeit zum Beirat ist keine Tätigkeit, die nur der Repräsentation nach außen dient. Der Beirat berät den Vorstand des Vereins in allen Sachfragen.

2004 sah sich die HU allerdings genötigt, folgende Klarstellung vorzunehmen und die eigenen Thesen, die sich noch immer auf der Website befinden, zu relativieren. „Die Humanistische Union hat zu keinem Zeitpunkt den sexuellen Missbrauch von Kindern verharmlost oder gebilligt. Die HU ist vielmehr davon überzeugt, dass sexuelle Kontakte von Erwachsenen mit Kindern wegen des inhärenten Machtgefälles nicht einvernehmlich sein können, und daher kein Ausdruck von sexueller Selbstbestimmung sind.“

Die Humanistische Union hat ihren Sitz in Berlin. Sie tritt unter anderem für die „Abschaffung staatlicher Kirchenprivilegien wie glaubensgebundenen Religionsunterricht als ordentliches Schulfach, Einzug der Kirchensteuer sowie weiterer Finanzierungshilfen“ ein sowie für aktive Sterbehilfe.

S.E.